



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Justiz- und Sicherheitskommission
vom: 20. Oktober 2014
zur Vorlage Nr.: [2014-188](#)
Titel: **Bericht zum Postulat von Madeleine Göschke: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt (2006/017)**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

Betreffend den Bericht zum Postulat von Madeleine Göschke: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt ([2006/017](#))

Vom 20. Oktober 2014

1. Ausgangslage

Mit ihrem [Postulat](#) vom 12. Januar 2006 wollte die frühere Landrätin Madeleine Göschke verschiedene Anliegen bündeln: Sie wollte die Qualität der bestehenden Einsatzzentralen verbessern, namentlich eine ständige Betreuung des Sanitätsnotrufs durch Fachpersonen gewährleisten, die Zusammenlegung der Einsatzzentralen der verschiedenen Blaulichtorganisationen realisieren – und schliesslich die Zusammenlegung der so entstandenen, umfassenden Einsatzzentrale mit derjenigen von Basel-Stadt prüfen lassen. „Die Vorteile einer besseren Zusammenarbeit in unserer kleinräumigen Region sind offensichtlich. Es geht um Effizienz, Qualität und Kosten der Einsatzzentralen sowie der Ereignisdienste“, schreibt die Postulantin. Den Hintergrund bildete ein damaliges Projekt im Kanton Basel-Stadt, welches das Ziel einer gemeinsamen Alarmzentrale für alle baselstädtischen und allenfalls auch basellandschaftlichen Blaulichtorganisationen verfolgte. Ein Vorstoss mit ähnlich lautender Zielsetzung wurde damals auch von Lorenz Nägelin im Basler Grossen Rat eingereicht. Der Landrat hat das Postulat Göschke am 18. Mai 2006 überwiesen.

Der Regierungsrat zeigt sich in seiner Beantwortung des Vorstosses vom 27. Mai 2014 entschlossen, „das Projekt einer gemeinsamen Einsatzleitzentrale der Blaulichtorganisationen zügig in die Wege zu leiten“. Verschiedene Ungewissheiten hätten in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass Planungen und Entscheide im Zusammenhang mit der Schaffung einer einzigen Einsatzleitzentrale „nicht forciert“ wurden. „Die Schaffung einer einzigen Einsatzleitzentrale für Polizei, Feuerwehr, Rettungssanität, Zivilschutz, Spezialisten und Führungsorgane bewirkt einen operativen Mehrwert und eine erhöhte Dienstleistungsqualität gegenüber der Öffentlichkeit“, heisst es in der Vorlage, wobei das Projekt „bis zum Ende dieses Jahrzehnts“ realisiert werden solle. Der nächste, jetzt aber unmittelbar bevorstehende Schritt – geplant für das dritte Quartal 2014 – sei die Einsetzung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe unter der Federführung der Sicherheitsdirektion. Der Regierungsrat beantragt in dieser Konstellation, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Für die Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Beratungen in der Justiz- und Sicherheitskommission

2.1. Organisatorisches

Die Vorlage wurde am 12. Juni 2014 an die Justiz- und Sicherheitskommission überwiesen.

Die Kommission hat die Vorlage an ihren Sitzungen vom 16. und 30. Juni 2014 in Anwesenheit von Sicherheitsdirektor Isaac Reber und Stephan Mathis, Generalsekretär der Sicherheitsdirektion,

beraten. Vorgestellt wurde das Geschäft von Stephan Mathis und von Polizeikommandant Mark Burkhard.

2.2. Eintreten

Das Eintreten war unbestritten.

2.3. Diskussion

Die Kommission konnte sich vergewissern, dass Regierung und Kantonspolizei in hohem Mass gewillt sind, in den kommenden Jahren eine neue, übergreifende Einsatzleitzentrale für die Blaulichtorganisationen zu realisieren. Ein wichtiger Grund ist die Erdbebensicherheit der heutigen Einsatzleitzentrale der Polizei in der Gutmatt, die nicht den neuesten Anforderungen an die sogenannten Life-Line-Gebäude – also die (über-)lebenswichtigen Infrastrukturen – entspricht. Entscheidend ist aber auch, dass die Blaulichtorganisationen bei ihren Einsätzen oftmals zusammenarbeiten.

Die Kommission hat weiter zur Kenntnis genommen, dass die Polizei einen Neubau in der Nähe der Polizeizentrale an der Rheinstrasse gegenüber einer „Nachrüstung“ der dortigen Einsatzleitzentrale favorisiert. Der Kommission gegenüber wurde ausgeführt, dass das Investitionsprogramm damit um weitere rund 30 Millionen Franken (grober Schätzwert) belastet werde. Einer kantonsübergreifenden Einsatzleitzentrale stehen Verwaltung und Kommission hingegen skeptisch gegenüber, weil die heutigen hoheitlichen Rahmenbedingungen dies faktisch nicht zulassen.

3. Antrag

Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat einstimmig:

://: Das Postulat [2006/017](#) ist als erfüllt abzuschreiben.

Schönenbuch, den 20. Oktober 2014

Für die Justiz- und Sicherheitskommission:

Siro Imber, Präsident